

et mentale, en relation avec le travail. Celui-ci doit être adapté aux capacités des salariés en tenant compte de leur santé corporelle, psychique et mentale. L'illusion de l'adaptation du travail aux capacités des salariés a incité le Conseil fédéral à faire abstraction, pour le moment, d'une proposition de ratification.

Dans son message, le Conseil fédéral fait remarquer qu'il a confié à un groupe d'experts la mission de préparer les prescriptions sur la collaboration des médecins du travail et d'autres spécialistes de la sécurité du travail dans les entreprises prévues à l'article 83, alinéa 2 de la loi sur l'assurance-accidents. Dès que cette disposition sera en vigueur, on pourra, le cas échéant, examiner à nouveau si l'on peut procéder à la ratification de la convention No 161.

Une minorité de la commission, conduite par M. Clivaz – que vous venez d'entendre – a, en revanche, défendu l'avis que cette convention devait être acceptée et le Conseil fédéral autorisé à la ratifier. Cette minorité espère ainsi pousser le développement de la médecine du travail dans notre pays et exercer une certaine pression en faveur de la mise en vigueur de la disposition mentionnée.

La majorité de la commission, en revanche, suit le Conseil fédéral et rejette par 10 voix contre 5 la proposition de M. Clivaz. La majorité est confiante: la disposition concernant la LAA sera mise en vigueur dans un délai de trois ans, créant ainsi de meilleures conditions pour une éventuelle acceptation de la convention No 161.

En résumé, comme MM. Pfund, Martignoni et Keller qui sont intervenus, la majorité de la commission refuse la proposition de M. Clivaz et nous ne suivons pas non plus l'idée de M. Ammann-St-Gall qui pense que nous avons un rattrapage à faire en ce qui concerne la médecine du travail. Je ne crois pas que ce soit le cas. Nous ne sommes pas en retard ni sur le plan des grandes régions, ni dans les entreprises où il existe déjà des services de sécurité du point de vue de la médecine.

Bundesrat Furgler: Nach dieser reichhaltigen Debatte nur drei kurze Bemerkungen und eine Vorbemerkung: Im Zusammenhang mit den internationalen Arbeitskonferenzen hat sich eine Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern, dem Biga und dem EVD herausgebildet, die ich nicht mehr missen möchte.

Es ist nicht selbstverständlich, dass jede Delegation drei Elemente enthält, gestellt je von Arbeitgebern, von Arbeitnehmern und vom Staat. Wir möchten an dieser Zusammenarbeit festhalten, und ich empfehle sie Ihrer Beachtung.

Bemerkung 1: Zur Sache, die jetzt im Differenzbereinigungsverfahren steht. Der Fortschritt im Bereich der Arbeitsmedizin ist unser gemeinsames Anliegen. Dazu haben sich alle Redner, diejenigen, die für und die gegen den Minderheitsantrag sind, ausgesprochen. Es ist der feste Wille des Bundesrates und des Parlaments. Wenn man diesen kleinen Streit anders interpretiert, geht man fehl. Ich verweise auf die Voten von Herrn Pfund, von Herrn Leuenberger und vom Berichterstatter welscher Zunge.

Wie Sie bereits wissen, sind bei uns Bemühungen im Gang, die auf Ausarbeitung der Vollzugsverordnung zum mehrfach erwähnten Artikel 83 Absatz 2 des Unfallversicherungsgesetzes hinzielen. Wir werden diesen Auftrag erfüllen. Die Vorarbeiten in der Verwaltung laufen auf vollen Touren, und Sie werden darüber orientiert, so dass auch keine Sorge zu bestehen braucht, wir würden der ausländischen Entwicklung gleichsam nachhinken. Wir verzichten mit anderen Worten im gegenwärtigen Zeitpunkt auf eine Zustimmung zu etwas, das uns zu schwabbelig, zu schwammig erscheint.

Bemerkung 2: Das Uebereinkommen 161 ist bisher noch nicht in Kraft getreten. Ein einziges Land, Schweden, hat es ratifiziert. Kein Mensch kann die Frage beantworten, wie die von uns als zu weit erscheinende Norm, Artikel 3, interpretiert wird. Es gehört zu den Sorgfaltspflichten der Regierung, das Parlament über solche Interpretationen zu informieren. Wir müssen die Bedeutung einer Rechtsnorm kennen, wenn wir ihr beipflichten.

Bemerkung 3: Es entspricht unserer ständigen Ratifika-

tionspraxis – und das hat mit Angst nichts zu tun –, programmatische Uebereinkommen nur zu ratifizieren, wenn deren Zielsetzungen durch unsere eigene Gesetzgebung weitgehend erfüllt sind und die Abweichungen nur geringfügig sind. Gute Politik verlangt von uns, dass wir zwischen Sozialpartnern und der Eidgenossenschaft, vertreten durch den Bundesrat, unsere eigene Gesundheitsgesetzgebung weiterentwickeln. Das haben wir bisher getan, und der Erfolg, vor allem auch im Bereich der Arbeitsmedizin, durch sozialpartnerschaftliche Absprachen ist gross.

Ich darf also meinem Landsmann, Herrn Ammann, sagen, dass er keineswegs Angst haben muss, wir würden den Zug vorbeifahren lassen. Er ist ein Zugfachmann. Bitte, Sie haben es als Parlament, als Sozialpartner in der Hand, Zugführer zu sein und nicht nur Trittbrettfahrer; tun Sie es! Zusammenfassend: Wir werden unserer Gesundheitsgesetzgebung, unserer Unfallversicherungsgesetzgebung, unserer Arbeitsmedizin grösste Beachtung schenken, aber wie bisher zu den Normen, die wir unterzeichnen, stehen. Das können wir im Moment nicht. Deshalb bitte ich Sie in Uebereinstimmung mit der Kommission, den Mehrheitsantrag anzunehmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	39 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	87 Stimmen

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes	107 Stimmen
	(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

86.037

Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft.

Aenderung des Bundesgesetzes

Crédits d'investissements et aide

aux exploitations paysannes.

Modification de la loi

Botschaft und Gesetzentwurf vom 16. Juni 1986 (BBl II, 1122)
Message et projet de loi du 16 juin 1986 (FF II, 1150)

Herr **Hösli** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Das IBG vom 23. März 1962 wurde am 1. November 1962 in Kraft gesetzt. Es bildet die gesetzliche Grundlage, die es dem Bund ermöglicht, den Kantonen die erforderlichen Mittel für die Gewährung von zumeist zinslosen Darlehen zur Verfügung zu stellen. Diese werden einerseits zur Verbesserung der Produktions- und Betriebsgrundlagen (Investitionskredite) und andererseits zur Behebung schwerer finanzieller Bedrängnis (Betriebshilfe) eingesetzt.

Das IBG hat sich bestens bewährt und wird auch in nicht-landwirtschaftlichen Kreisen anerkannt und geschätzt. Es

hat wesentlich zur Rationalisierung der Landwirtschaft beigetragen.

In Artikel 8 des Gesetzes ist vorgesehen, dass nach Ablauf von 25 Jahren keine Investitionskredite mehr gewährt werden können. Artikel 20 beschränkt die Möglichkeit des Bundes, neue Mittel zur Verfügung zu stellen, ebenfalls auf 25 Jahre. Wenn der Bund der schweizerischen Landwirtschaft diese Massnahme weiterhin zugute kommen lassen will, ist somit das Gesetz auf den 1. November 1987 zu ändern.

Vorerst war beabsichtigt, eine materielle Teilrevision durchzuführen. Um die Ausgestaltung des IBG gründlich zu prüfen – dies auch im Zusammenhang mit dem zweiten Paket einer Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen –, beantragt der Bundesrat, die Möglichkeit der Gewährung von Investitionskrediten und der Ueberweisung von Bundesmitteln an die Kantone um fünf Jahre, d. h. bis 1. November 1992 zu verlängern.

Die Fristverlängerung hat zur Folge, dass die Leistungen des Bundes wie bisher aufrechterhalten werden können. Persönliche Auswirkungen sind keine zu erwarten.

Antrag der Kommission

Die Kommission hat die Vorlage einstimmig gutgeheissen und beantragt, der vorgesehenen Gesetzesänderung zuzustimmen.

Proposition de la commission

Après avoir approuvé le projet à l'unanimité, la commission propose l'adoption de la modification prévue.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. I und II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I et II

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes 113 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Verabschiedung von Herrn Bundesrat Furgler

Adieux à M. Furgler, conseiller fédéral

Le président: Comme vous le savez, M. Furgler, conseiller fédéral, va quitter le gouvernement et c'est la dernière fois qu'il apparaît en cette qualité dans la salle du Conseil national. J'aimerais lui redire nos sentiments de très vive gratitude, lui exprimer aussi tous nos voeux, d'abord de Noël, pour la nouvelle année et pour une activité future que nous lui souhaitons pleine de joie et de satisfaction. Merci, Monsieur le Conseiller fédéral. (*Applaudissements*)

85.512

Motion des Ständerates (Bürgi) Finanzplatz Schweiz. Förderung

Motion du Conseil des Etats (Bürgi) Sauvegarde de la place financière suisse

Wortlaut der Motion vom 13. März 1986

Verschiedene Länder unternehmen grosse Anstrengungen, um die internationale Konkurrenzstellung ihrer Finanzplätze zu stärken. Der Finanzplatz Schweiz sieht sich demgegenüber aufgrund bestehender gesetzlicher Bestimmungen einer wachsenden Benachteiligung ausgesetzt, die negative Folgen für die Zahl der Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor sowie für die Erträge der direkten und indirekten Steuern haben könnte.

Zur volkswirtschaftlich bedeutungsvollen Erhaltung und Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz wird der Bundesrat darum ersucht, mit den nachstehenden Zielsetzungen eine Revision des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben vorzuschlagen und die Bestimmungen über die Warenumsatzsteuer zu ändern. Dabei sind die kurz- und längerfristigen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt und die öffentlichen Haushalte insgesamt darzustellen und vorübergehend allenfalls für nötig erachtete Kompensationsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Geldmarktpapiere:

Geldmarktpapiere mit einer vertraglichen Laufzeit von höchstens drei Monaten sind von der Umsatzabgabe freizustellen. Für Geldmarktpapiere mit einer Laufzeit von 3 bis 12 Monaten ist die Umsatzabgabe *pro rata temporis* zu erheben.

Ausland-Auslandgeschäfte:

Die Steuerbelastung bei Vermittlung durch einen inländischen Effektenhändler zwischen zwei im Ausland domizilierten Parteien soll wenigstens um die Hälfte reduziert werden. Verrechnungssteuer im Interbankgeschäft:

Von einer Erhebung der Verrechnungssteuer auf den Zinsen von Festgeldern im Interbankgeschäft ist abzusehen, unabhängig von der Währung und von der Fristigkeit.

Handelsbestände der Effektenhändler:

Die heutige Frist von einem Tag, innert welchem eine Effektentransaktion als Vermittlungsgeschäft gilt, ist auf eine handelsübliche Frist von 30 Tagen auszudehnen.

Warenumsatzsteuer auf Gold:

Die Warenumsatzsteuer auf dem physischen Handel mit Münz- und Feingold ist aufzuheben.

Emission von Eurobonds:

Die Emission von Eurobonds in der Schweiz ist von der Umsatzabgabe auszunehmen.

Texte de la motion du 13 mars 1986

Plusieurs pays font de grands efforts afin de rendre leurs places financières plus compétitives sur le plan international. Du fait des dispositions légales auxquelles elle est soumise, la place financière suisse doit au contraire supporter un handicap de plus en plus lourd qui pourrait avoir des effets néfastes sur l'emploi dans le secteur des services ainsi que sur le rendement des impôts directs et indirects.

C'est pourquoi, dans le but de maintenir et de renforcer la compétitivité de la place financière suisse, qui revêt une grande importance pour notre économie, le Conseil fédéral est chargé de proposer une révision de la loi fédérale sur les droits de timbre et de modifier les dispositions relatives à l'impôt sur le chiffre d'affaires, en poursuivant les objectifs mentionnés ci-dessous. Il exposera en même temps quels seraient, à court et à long terme, les effets d'une telle réforme sur les finances fédérales et sur les budgets des collectivités publiques pris dans leur ensemble et indiquera les mesures de compensation qu'il estime, le cas échéant, nécessaire de prendre à titre provisoire.

Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft. Aenderung des Bundesgesetzes

Crédits d'investissements et aide aux exploitations paysannes. Modification de la loi

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.037
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.12.1986 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1965-1966
Page	
Pagina	
Ref. No	20 015 008

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.